lismus offen waren, weil z. B. nunmehr auch für Mädchen der Zugang zu allen Berufen möglich war. Koch unterscheidet fünf Phasen des Konflikts: 1. 1945–1949: „Staatliche Eingriffe in die Arbeit der Gemeindejugend" in Sachsen, u. a. im Kreis Löbau und in Rochlitz, bzw. „die anfängliche Duldung der kirchlichen Jugendarbeit" in Thüringen; 2. 1950 – Frühsommer 1952: Übergang zur direkten Konfrontation, 3. 2. Halbjahr 1952: „Vorbereitung zur Beseitigung der JG"; 4. Ende 1952 – Frühjahr 1953: „Versuchte Liquidierung"; 5. Frühjahr bis Sommer 1953: „Tauwetter" aus deutschlandpolitischen Rücksichten nach sowjetischer Intervention. Wie Koch an vielen Einzelbeispielen u. a. aus Chemnitz, Dresden, Leipzig, Marienberg, Meißen, Mittweida, Plauen, Zwickau, Apolda, Eisenach, Gera, Hildburghausen, Sondershausen und Weimar zeigt, erreichten öffentliche Diffamierung, Relegationen an Oberschulen und Universitäten, Entlassungen und Schauprozesse weithin ihr Ziel. Hatte die sächsische Verwaltungspolizei noch 1952 für einige Orte die Gefährdung des Bestands der FDJ durch die JG gemeldet (S. 140), so mußten die Leipziger Kirchenbezirke im Juni 1953 einen Rückgang der JG um 25–50 Prozent konstatieren (S. 236). Im Verlauf der Auseinandersetzungen, die mit der verbindlichen Einführung der Jugendweihe 1955 fortgeführt wurden, verließen diejenigen Jugendlichen, die nicht primär religiös motiviert waren, die JG, ebenso diejenigen, denen an ihrem weiteren beruflichen Fortkommen gelegen war. Mit dem quantitativen Verlust war für die JG ein Verlust an intellektuellem Niveau verbunden. Unterschiedliche Entwicklungen zwischen Sachsen und Thüringen als Konsequenz aus der staatsloyaleren Haltung des thüringischen Bischofs Mitzenheim sind nur in der ersten Phase festzustellen. Hervorzuheben ist Kochs methodische Sicherheit bei der Gewichtung und Interpretation der unterschiedlichen Quellengruppen. Diese landeshistorische Arbeit führt – trotz Ungenauigkeiten bei Archivsiglen und -signaturen und kirchlichen Bezeichnungen – über die vorliegenden Einzelstudien zur Jugendarbeit weit hinaus.

Dresden Carlies Maria Raddatz

Heidi Roth, Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1999. 654 S. (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 11)

Anläßlich des zehnten Jahrestages der deutschen Einheit gehen die Gedanken zurück in die Geschichte der deutschen Teilung und der vierzigjährigen Zweistaatlichkeit. Unwillkürlich stellt sich die Frage, ob die Einheit nicht schon eher zu erreichen gewesen wäre. Heidi Roth gibt in ihrer ungemein detailreichen Geschichte des 17. Juni 1953 in Sachsen darauffolgende Antwort, die nachdenklich stimmt: „Besonders die Diskussionen um die nationale Orientierung des Aufstandes sind nach wie vor kontrovers. Zweifellos aber wäre allein schon durch die Kombination der Forderung nach freien Wahlen mit der Forderung nach der Einheit Deutschlands die Wiedervereinigung als Ergebnis eines demokratischen Willensbildungsprozesses präjudiziert gewesen. 1953 wollten die Deutschen in Ost und West die Einheit Deutschlands ..." (S. 624). In den Feierstunden zum zehnten Jahrestag ist kaum davon die Rede gewesen. Die Lektüre dieser umfassenden Untersuchung der regionalen Ereignisse im Sommer 1953 tröstet in gewisser Weise über das Vergessen einer wichtigen Voraussetzung der späteren Wiedervereinigung hinweg. Im Mittelpunkt steht die punktgenaue Rekonstruktion des Aufstandes in Sachsen, dem „wichtigsten Experimentierfeld der kommunistischen Staatspartei" (S. 9). Die Autorin weicht von Untersuchungen älteren und neueren Da-

tums ab und stellt „im Vergleich des örtlichen, betrieblichen und regionalen Geschehens" neue Fragen, u. a. die Frage nach den Beweggründen und Zusammenhängen der unterschiedlichen Entwicklungen in den drei sächsischen Bezirken (Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt) einschließlich der sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) Wismut. Daran knüpft sich berechtigterweise die Hoffnung auf eine längst fällige Geschichte des 17. Juni 1953 in allen Teilen der DDR.

Vorrang vor einer vergleichenden Aktionsgeschichte hat der regionale Aspekt: Bezirk Leipzig (S. 101–182), Bezirk Dresden (S. 183–244), die Kreise Görlitz und Niesky (S. 245–320), Bezirk Karl-Marx-Stadt und SAG Wismut (S. 321–394); danach stehen die staatlichen Sanktionen im Mittelpunkt der Untersuchung: Die Disziplinierung der SED-Basis (S. 395–481), die Verfolgung von „Provokateuren" und „Rädelsführern" (S. 483–586). Die sorgfältig aufbereitete Einführung in die „Geschichte und historische Deutung des Aufstands vom 17. Juni 1953" stammt von Karl Wilhelm Fricke (S. 13–100) – ein Musterbeispiel für den wissenschaftlichen Umgang mit einem historischen Problemkomplex. Die Schlußbetrachtung der Autorin (S. 587–624) stellt eine Kurzgeschichte der Ereignisse und ihrer unmittelbaren Folgen für sich dar. Wenn mit Bedauern angemerkt wird, daß „noch immer ... die Ereignisse des 17. Juni 1953 in der DDR nicht vollständig erforscht (sind)" (S. 624), trifft das auf Sachsen dank dieser Pionierleistung nicht zu. Heidi Roth leistete mit ihrer umfassend recherchierten, übersichtlich gestalteten und in der Beurteilung der Zusammenhänge sicheren Studie einen unverzichtbaren Beitrag zur Frühgeschichte der DDR im allgemeinen, zur sächsischen Zeitgeschichte im besonderen.

Dresden Ulrich Kluge

Francesca Weil, Herrschaftsanspruch und soziale Wirklichkeit. Zwei sächsische Betriebe in der DDR während der Honecker-Ära. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 2000. 248 S.

Eine der grundlegenden Streitfragen der historischen DDR-Forschung lautet nach wie vor, in welchem Maße der politische Herrschaftsanspruch der SED die ostdeutsche Gesellschaft determinierte und wie weit sich soziale Strukturen und Verhaltensweisen nach eigenen Regeln entwickelten. Francesca Weil hat sich dieser Frage auf einem Feld angenommen, das sich wegen seiner sowohl alltagshistorischen als auch wirtschaftspolitischen Bedeutung unmittelbar anbietet: Sie untersucht an zwei Fallbeispielen aus dem Leipziger Raum die industriellen Arbeitsbeziehungen und den betrieblichen Umgang mit politischen Ansprüchen in den siebziger und achtziger Jahren. Etwas skeptisch stimmt allerdings die Auswahl der beiden untersuchten Betriebe, nämlich des VEB Leipziger Arzneimittelwerk (etwa 600 Beschäftigte) und des VEB Goldring Markkleeberg, eines kunststoffverarbeitenden Zulieferbetriebs für die Konsumgüterproduktion mit 200–250 Beschäftigten. Ein entscheidendes Auswahlkriterium war der hohe Anteil weiblicher Arbeitskräfte in beiden Betrieben, um auch geschlechtsspezifischen Problemen des Arbeitsalltags nachgehen zu können. Der Frage, wie weit sich die Ergebnisse auf größere, stärker von männlichen Beschäftigten geprägte oder in anderen Branchen verortete Betriebe übertragen lassen, wird mit dem Hinweis auf „nur bedingt generalisierende Aussagen" (S. 13f.), die gleichwohl „fundierte Interpretationen zum ‚realsozialistischen' Alltag" (S. 17) darstellen sollen, eher ausgewichen.

Nichtsdestotrotz bietet das erste Kapitel, das sich mit den Grenzen politischer Einflußnahme auf die Betriebe befaßt, viele interessante Einblicke in den alltäglichen Um-